

frischung gegenüber sehr häufig sichtbar werdende Sterilität? Aber das dürfte im Rahmen unserer Erörterung zu weit führen, und ich wollte Ihnen nur noch sagen, daß, wenn ich gesagt habe, Qualität und Schönheit hätten den Beigeschmack von Überfluß, ich dabei nicht an materiellen Luxus gedacht habe, sondern an materielle und geistige Werte, die von der einen Seite aus als

überflüssig, von der anderen als notwendig angesehen werden. Im Sinne strengsten theoretisch-wirtschaftlichen Denkens sind sie Überfluß, im Rahmen des kulturellen Geschehens Notwendigkeit. Ich glaube, so verstehen wir uns doch besser?

Berlin, 3. Oktober 1928.

W. Lotz

RUNDSCHAU IN BAUPOLITIK UND BAUWIRTSCHAFT

Verwaltungsreform und Städtebau.

Sombart hat unsre Zeit als die des Spätkapitalismus bestimmt, was nicht ohne Widerspruch blieb. Sicher ist aber, daß in der Bauwirtschaft, wenn überhaupt irgendwo, die alte manchesterliche Freiheit noch für lange Zeit, vielleicht für immer, dahin ist. Nicht die Wohnungszwangswirtschaft allein hat sie vernichtet; andre, positivere Gewalten stehen ihrer Wiederbelebung entgegen. Wachstum und Lebenswille der Großstädte, Intensivierung des Verkehrs drängen mit geschichtlicher Gewalt auf neue, *planmäßige* Lösungen, auf den Gedanken der *Landesplanung*. Er wird künftig Standort und Aufbau der Siedlungen bestimmen, und damit die Grundlagen bauwirtschaftlicher Produktion. Von hier aus gewinnen die Diskussionen über die große *Reichsverwaltungsreform* Interesse, auch wenn sie das Problem vorläufig nur von einer Seite aus anfassen. Der *Deutsche Städtetag* hat sich in seiner Breslauer Tagung zu einer staatlichen Neuordnung des Reiches bekannt, die dem Gedanken des Einheitsstaates nahesteht und dabei größeren Raum für die Entfaltung kommunaler Initiative läßt; gleichzeitig hat er in seiner Zeitschrift dem früheren Minister, jetzigen Oberbürgermeister Dr. Jarres Raum zu einer entschiedenen Ablehnung des Vorschlages der Schaffung von Großkreisen gegeben, den der Direktor des Ruhrzweckverbandes Dr. Schmidt propagiert. Beim Reichsstädtebund, der Organisation der kleineren Städte, hat Minister a. D. Dr. Külz diesen Gedanken ebenfalls abgelehnt. Damit hat allerdings die Frage nach dem künftigen städtebaulichen Schicksal zusammenwachsender Industriestädte noch keine positive Lösung erhalten; sicher scheint nur eins: daß ein *preußisches* Städtebaugesetz diese Lösung nicht bringen kann, daß vielmehr, im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, ein *Reichsgesetz für Landesplanung* notwendig ist.

Cityfrage und Hochhausbau.

Die ersten Hochhäuser für Berlin sind nun also genehmigt; von Wolkenkratzern sollte man besser

nicht sprechen, denn 12 und selbst 15 Stockwerke machen noch keinen Wolkenkratzer. Zur allgemeinen Überraschung sollen die beiden Häuser — Bruno Paul wird sie bauen — im südlichen Teil der Potsdamer Straße errichtet werden, also außerhalb der City, selbst im weiten Sinne des Wortes, an einer Stelle, wo zwischen Innenstadt und großer Vorstadt (Schöneberg) relativ dünne Verbindungslinie läuft. Warum dann nicht am Potsdamer Platz? — Der Präsident des Groß-Berliner City-Ausschusses, Alexander Flinsch, erklärt dazu im „Berliner Tageblatt“, daß „Hand in Hand mit dem Hochhausbau an eine radikale Lösung des Verkehrsproblems herangegangen werden muß“, und fordert dafür die Nord-Süd-Verbindung der Eisenbahn und die Beseitigung der Kopfbahnhöfe.

Die Bauwirtschaft als Konjunkturfaktor.

Reichsministerien (Wirtschaft und Arbeit) und Länderregierungen verhandeln gegenwärtig über eine einheitliche, konjunkturpolitisch geleitete Verteilung der Behördenaufträge. Die größten derartigen Aufträge fallen an die Bauwirtschaft. Früher war es so: Regierung, Reichsbahn usw. bauten am meisten, wenn Hochkonjunktur war, Materialpreise teuer, Arbeitskräfte gesucht waren. Der private Wohnungsbau dagegen hielt sich in solchen Zeiten zurück, weil das Geld teuer war, und gab dafür in der Wirtschaftsdepression mit seinen Aufträgen die Anregung zur Wiederbelebung. Diese Korrektur ist fortgefallen. Die Einrichtung von Notstandsarbeiten im Augenblick der Krise hat sich nicht bewährt. Der geplanten Neuregelung stehen mancherlei Schwierigkeiten entgegen: innerpolitische, budgetrechtliche, finanzpolitische. Immerhin dürfte eine gewisse Elastizität in der Zurückstellung oder Beschleunigung von Aufträgen — 10 bis 15 v. H. der Gesamtaufträge werden hier schon viel bedeuten — erreicht werden, was der Bauwirtschaft nur erwünscht sein kann. Damit ist allerdings die Frage der „Saison“ im Baugewerbe noch nicht gelöst, die kürzlich der B. D. A. auf Beschluß seiner letzten Tagung zum